

BDI-Mittelstandspanel



Ergebnisse der Online-Mittelstandsbefragung

Frühjahr 2007 – Kurzfassung

Durchgeführt von:



1. Das Anliegen

Untersuchung im Auftrag von:

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V. (BDI)**
Breite Str. 29
10178 Berlin
www.bdi.eu

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Französische Str. 48
10117 Berlin
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
Wilhelm-Bötzkens-Str. 1
40474 Düsseldorf
www.ikb.de

Wissenschaftliche Bearbeitung:

Institut für Mittelstandsforschung Bonn
Maximilianstr. 20
53111 Bonn
Projektdurchführung und Bearbeitung:
Frank Wallau, Claus Adenäuer,
Gunter Kayser

Technische Durchführung:

TNS Emnid
Stieghorster Str. 90
33605 Bielefeld
Projektdurchführung:
Oliver Krieg, Jörg Erren

Das Werk einschließlich aller seiner Teile
ist urheberrechtlich geschützt.

Um dem industriellen Mittelstand in Zeiten tiefgreifenden Wandels und fortschreitender Globalisierung der Märkte und des Wettbewerbs betriebswirtschaftlichen und politischen Flankenschutz zu gewährleisten, werden gesicherte und aktuelle Informationen benötigt. Das IfM Bonn hat daher unter Mitwirkung von TNS Emnid im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI), der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft sowie der IKB Deutsche Industriebank AG eine Online-Befragung mit Panelcharakter entwickelt, die inzwischen als **BDI-Mittelstandspanel** einen besonderen Stellenwert in der Öffentlichkeit erworben hat. In halbjährigem Turnus werden zentrale Daten der Industrie, z.B. über Marktaktivitäten und -bedingungen, Probleme und Problemlösungsstrategien, die Art und Weise der Erfüllung der unternehmerischen Kernaufgaben, Inhalt und Qualität der Zukunftsplanungen und last but not least die Beurteilung der Qualität und/oder Veränderungen der ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmendaten

erhoben. Auf der Grundlage dieser Panelbefragungen über das Onlineportal <http://www.bdi-panel.emnid.de> wird damit erstmals eine Längsschnittuntersuchung über die deutsche Industrie vorgelegt, deren besondere Stärke vor allem darin besteht, solch zentrale Kernbereiche der Industrie wie den industriellen Mittelstand oder die industriellen Familienunternehmen repräsentativ abzubilden.

Im Mai 2007 wurde die fünfte Erhebungswelle abgeschlossen, deren Ergebnisse im weiteren Verlauf zusammenfassend dargestellt werden. Neben Fragen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen standen dieses Mal die Entwicklung der Unternehmenskennzahlen 2006/2007 im industriellen Mittelstand, sein gesellschaftliches Engagement (Corporate Social Responsibility (CSR)) und sein Investitions- und Finanzierungsverhalten im Mittelpunkt der Untersuchung. An der aktuellen Befragungswelle beteiligten sich im Zeitraum vom 8. März bis 14. Mai 2007 fast 1.100 Unternehmen.

2. Die Ergebnisse der 5. Erhebungswelle

2.1 Wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Situation in Deutschland

Das Jahr 2006 war ein wirtschaftliches „Boomjahr“. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich deutlich verbessert. Nach bisherigen Erkenntnissen hat sich der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland auch nach der Jahreswende 2006/2007 fortgesetzt. Die noch vor einem halben Jahr bestehende Unsicherheit über Stärke und Dauer des konjunkturellen Aufwärtstrends hat sich weitestgehend aufgelöst. Die aktuellen Daten lassen den Schluss zu, dass sich die deutsche Industrie in einer soliden Aufschwungphase befindet.

Industrieller Mittelstand als tragende Kraft des Konjunkturaufschwungs

Im Frühjahr 2007 bezeichneten 9,5 % der Industrieunternehmen des BDI-Mittelstandspanels die eigene Wirtschaftslage als sehr gut, 45,5 % als gut. Fast 30 % empfanden ihre Geschäftslage als befriedigend und nur 15,3 % als schlecht bzw. sehr schlecht. Somit ergibt sich aktuell ein Beurteilungssaldo – berechnet als der Anteil der Positiv-Meldungen abzüglich des Anteils der Negativ-Meldungen – von 39,7 Prozentpunkten.

Der Zeitvergleich macht die Situationsverbesserung in der deutschen Industrie sichtbar: Von einem Plus von 32,1 Prozentpunk-

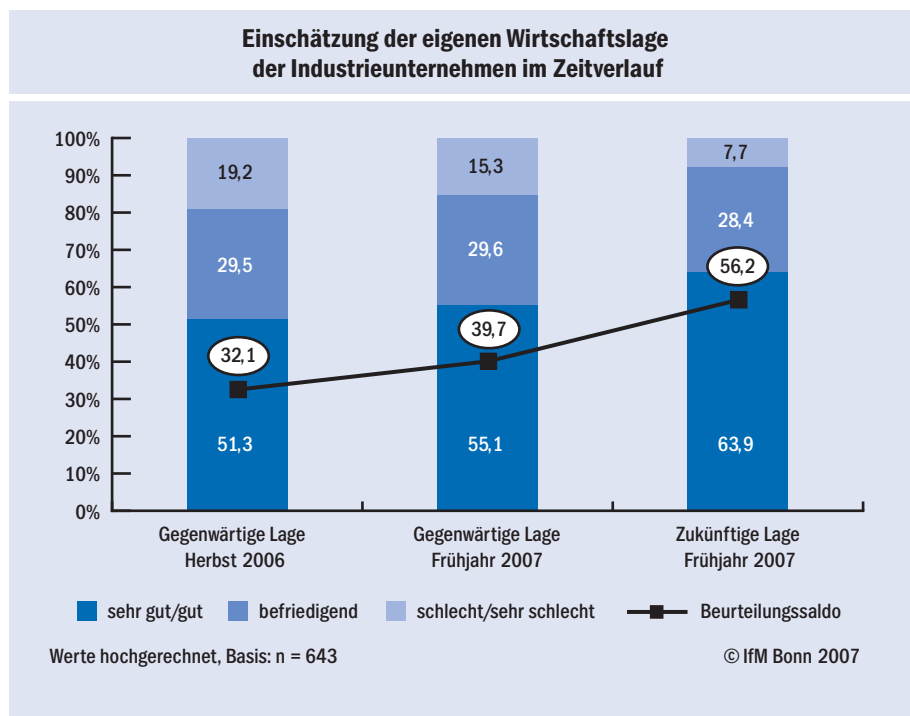


Abbildung 1

ten im Herbst 2006 stieg der Beurteilungssaldo bis zum Frühjahr 2007 auf 39,7 Prozentpunkte.

Für das laufende Geschäftsjahr 2007 erwartet mehr als ein Viertel der Unternehmen eine weitere Verbesserung der eigenen Wirtschaftslage. Dies drückt sich in einem zukünftig weiter anwachsenden Beurteilungssaldo aus, der nach den Erwartungen der Unternehmen für das zweite Halbjahr 2007 um über 16 Prozentpunkte steigen und einen Wert von 56,2 annehmen wird (vgl. Abbildung 1).

Etwa ein Fünftel der Industrieunternehmen rechnet im laufenden Jahr allerdings auch mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage des eigenen Unternehmens. Für diese pessimistische Annahme werden zu etwa gleichen Teilen Zweifel an der Beständigkeit der binnenwirtschaftlichen Nachfrage sowie die Entwicklung der Preise für Rohstoffe und Energie verantwortlich gemacht.

Verbesserte Noten für wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Im Frühjahr 2005 bezeichneten 70 % der Unternehmen die durch die Wirtschaftspolitik gesetzten damaligen Rahmenbedingungen als schlecht oder sogar sehr schlecht. Im Herbst 2006 kehrte sich dieses Urteil dann ins Positive. Im Durchschnitt charakterisierten die Industrieunternehmen zu diesem Zeitpunkt die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland nach ihrem persönlichen Empfinden als befriedigend, fast ein Viertel der Unternehmen beurteilte sie als sehr günstig oder günstig. Im Frühjahr 2007 bewerten die Industrieunternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen noch besser. Zur Zeit hält sie fast jedes dritte Unternehmen für sehr günstig oder günstig, weit über die Hälfte bezeichnet sie als befriedigend und nur noch knapp 14 % als schlecht oder sehr schlecht (vgl. Abbildung 2). Der Positivtrend wird sich fortsetzen, denn auch für die nächsten 12 Monate rechnet die Industrie mit einer Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Rund 35 % der Unternehmen gehen davon

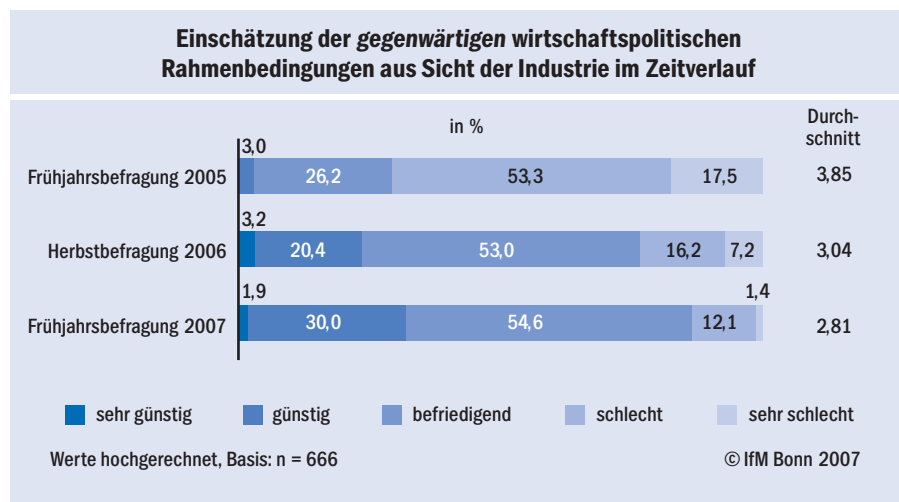


Abbildung 2

aus, dass sie sich weiterhin positiv entwickeln werden, etwas weniger als die Hälfte erwartet befriedigende Bedingungen.

Vergleicht man die Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen durch die Industrieunternehmen im Längsschnitt, so wird deutlich, dass sie sich im Laufe der Zeit immer mehr zum Positiven entwickelte. Insbesondere die Bewertung der gegenwärtigen Rahmenbedingungen

hat sich kontinuierlich verbessert. Dieser Aufwärtstrend der Gegenwartsbeurteilung ist dabei ungebrochen. Trotz der insgesamt positiven Entwicklungstendenz darf aber nicht verkannt werden, dass sich die Beurteilungswerte im Durchschnitt auf der Note „befriedigend“ einpendeln. Die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen ist und bleibt damit eine wirtschaftspolitische Aufgabe von hoher Priorität, wie auch die nachfolgenden Ergebnisse zeigen.

Unternehmer fordern Erhöhung des Reformtempos

So gehen der Mehrheit der Industrieunternehmen in Deutschland (rund 70 %) die durch die Bundesregierung initiierten Reformen zu langsam voran. Für fast jedes vierte Unternehmen läuft der Reformkurs der Bundesregierung sogar in eine falsche Richtung. Kritik am Reformkurs kommt dabei tendenziell häufiger von den kleinen und mittleren Unternehmen. Lediglich knapp 7 % der Unternehmen halten das Reformtempo, das die Bundesregierung vorlegt, für angemessen. Eine Verlangsamung der Reformgeschwindigkeit wünscht praktisch keines der Unternehmen (vgl. Abbildung 3).

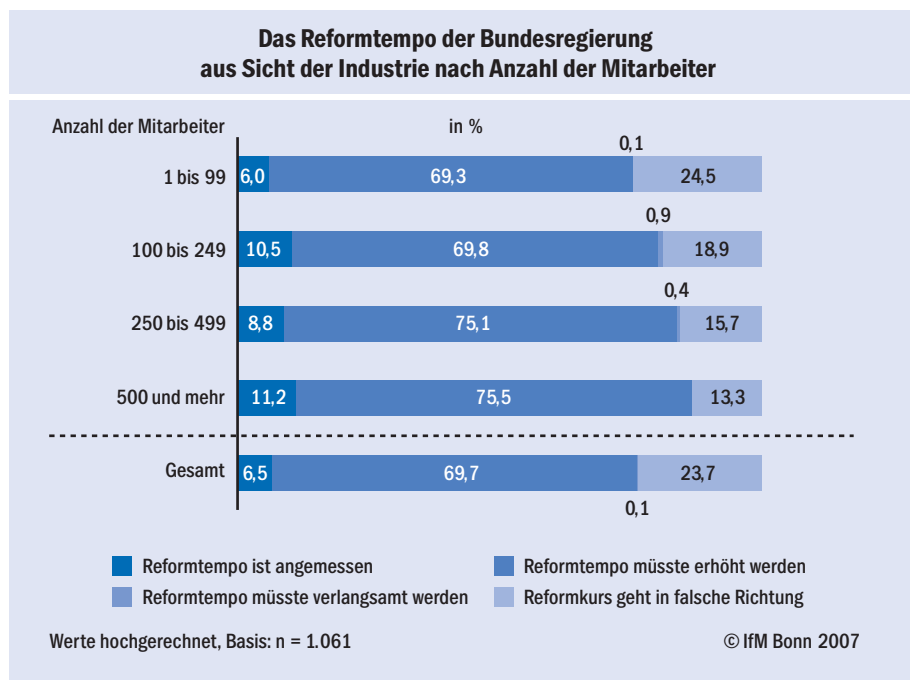


Abbildung 3

Unternehmenssteuerreform: Industrie im Zwiespalt

Die effektive Steuerbelastung deutscher Unternehmen zählt zu den höchsten in Europa. Ein zentrales finanzpolitisches Reformvorhaben der Bundesregierung ist daher die für 2008 angekündigte Reform der Unternehmensbesteuerung. Mit ihr soll die Standortattraktivität für inländische und ausländische Investoren verbessert werden; insbesondere soll das Steuersystem rechtsformneutral gestaltet und transparenter gemacht werden.

Die Unternehmen des BDI-Mittelstandspansels bewerten die Auswirkungen der geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung differenziert. Knapp 3 % von ihnen gehen davon aus, dass sich ihre Steuerlast deutlich verringere, immerhin gut 35 % rechnen mit einem Absinken ihrer Steuerbelastung. 42,8 % erwarten keine Auswirkungen der Reformen auf ihre Steuerlast, aber rund 20 % einen – teilweise deutlichen – Anstieg ihrer individuellen Steuerquote.

Die Umfrageergebnisse variieren vor allem in Abhängigkeit von der Rechtsform der Unternehmen: Alles deutet darauf hin, dass mittelständische Kapitalgesellschaften die Nutznießer der Reformvorhaben sein werden. Von den Personengesellschaften er-

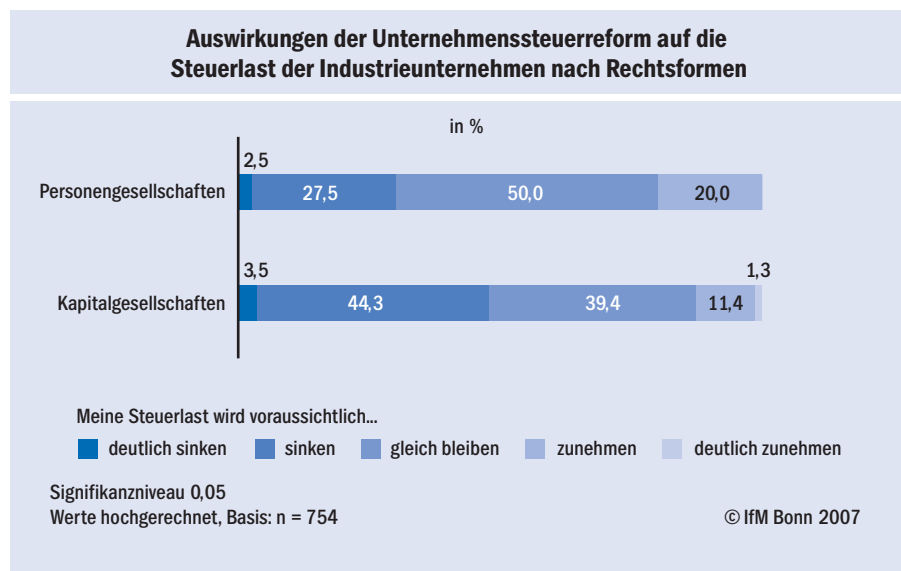


Abbildung 4

warten nur rund 30 % einen Rückgang ihrer Steuerlast, jede fünfte Personengesellschaft geht von einem Anstieg aus, und etwa die Hälfte der industriellen Personengesellschaften rechnet trotz der Reformen mit einer unveränderten Belastung. Anders die Ergebnisse für Kapitalgesellschaften: Über 47 % von ihnen rechnen mit einer Steuerentlastung, 39 % mit einem Gleichbleiben, und nur rund 13 % mit einer steigenden Steuerquote (vgl. Abbildung 4).

Nach anderen Merkmalen (z.B. Unternehmensgröße, Unternehmenstyp) kategorisiert, ergeben sich keine interpretierbaren

Unterschiede in der Beurteilung der Auswirkungen der Steuerreform auf die Belastung der Unternehmen. Dies kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass viele Unternehmen vorab nur eingeschränkt beurteilen können, wie sich ihre Steuerlast zukünftig verändern wird. Ein Grund hierfür ist sicherlich die im Zuge der Unternehmenssteuerreform zu erwartende Vielzahl der Neuerungen, die nach Ansicht von Experten für die Unternehmen zu einer Verstärkung der bürokratischen Belastungen führen wird.

Mitarbeiterbeteiligung: Investivlohn und tarifvertragliche Regelungen werden abgelehnt

Um die Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Wachstum angemessen zu beteiligen, wird zur Zeit wieder über die Mitarbeitergewinn- oder Kapitalbeteiligung diskutiert. CDU/CSU und SPD befürworteten den Investivlohn als approbata Möglichkeit einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Firmenkapital. Hierbei wird ein Teil des Arbeitentgelts nicht ausgezahlt, sondern verbleibt im Unternehmen oder in einer überbetrieblichen Einrichtung. Alternativ zu Investivlöhnen wird auch die Einführung erfolgsorientierter Vergütungssysteme (Gewinnbeteiligung) diskutiert. Beide Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung stellen auch Leistungsanreize für die Mitarbeiter und Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitskosten dar. Ungeachtet der Ausgestaltung der Mitarbeiterbeteiligung stehen als Wahlmöglichkeiten freiwillige und tarifvertraglich geregelte Beteiligungskonzepte zur Diskussion.

Die Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels nehmen gegenüber den Alternativen Gewinnbeteiligung (Sonderzahlungen/Einmalzahlungen) und Kapitalbeteiligung (Investivlohn) unterschiedliche Positionen ein. 17,8 % der Industrieunternehmen stehen einer freiwilligen Beteiligung ihrer Mitarbeiter am Unternehmenserfolg in Form von Sonderzahlungen oder Einmalzahlungen sehr positiv gegenüber, weitere fast 60 % positiv. Etwa 10 % nehmen hin-

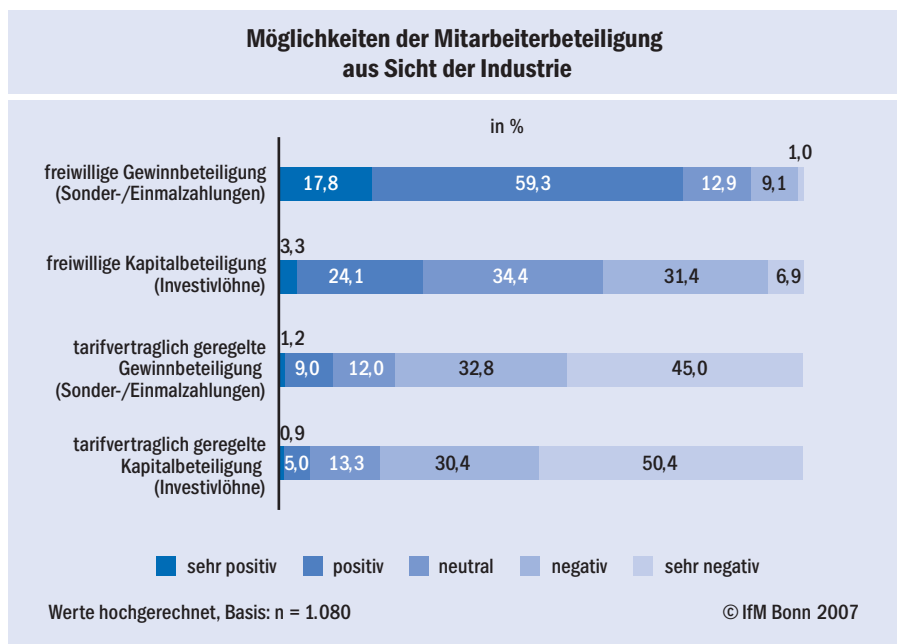


Abbildung 5

gegen diesbezüglich eine ablehnende bis stark ablehnende Haltung ein. Eine freiwillige Kapitalbeteiligung über Investivlöhne wird hingegen von 38 % der Unternehmen abgelehnt, 27 % der Unternehmen stehen ihnen sehr positiv oder positiv gegenüber. Tarifvertraglich geregelte Modelle lehnt die Industrie ab. Mehr als drei Viertel der Panel-Unternehmen erteilen einer tarifvertraglich geregelten Gewinnbeteiligung und über 80% einer tarifvertraglich geregelten Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter eine glatte Absage (vgl. Abbildung 5).

Kleine und mittlere Unternehmen beurteilen die beiden Alternativen zur Kapitalbeteiligung unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung häufiger negativ als größere

Industrieunternehmen. Einzig die Alternative der freiwilligen Gewinnbeteiligung bewertet eine Mehrzahl an Unternehmen unabhängig von ihrer Größe im Schnitt positiv. Familienunternehmen schätzen die Möglichkeit der Einführung von Investivlöhnen im Durchschnitt negativer als managementgeführte Unternehmen ein. Zudem lehnen sie tarifvertragliche Lösungen signifikant häufiger ab.

Insgesamt votieren die deutschen Industrieunternehmen somit mehrheitlich für Gewinnbeteiligungssysteme auf freiwilliger Basis und zudem deutlich seltener für Investivlöhne. Darüber hinaus stehen sie tarifvertraglich geregelten Beteiligungssystemen kritisch bis ablehnend gegenüber.

2.2 Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

Umsätze der Industrie wachsen weiter

Die aktuelle Umsatzentwicklung in der Industrie bestätigt die vorab berichtete positive Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage: Der Gesamtumsatz der deutschen Industrie wuchs von 2005 auf 2006 um 5,0 %.

Nach der Unternehmensgröße differenziert, variieren die Steigerungsraten im Zeitraum 2005/2006. Unternehmen mit 500 Mitarbeitern und größer konnten ihre Umsätze um insgesamt ca. 6 % erhöhen, kleinere nur um 3,7 %. Entsprechend ging der Anteil der kleineren Unternehmen am Gesamtumsatz der Industrie leicht zurück: Er lag 2006 um einen halben Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert bei 37,0 %, der größerer Industrieunternehmen entsprechend höher bei 63,0 %.

Nach den Prognosen einer Mehrheit der befragten Industrieunternehmen (rund 56 %) wird der Umsatz auch 2007 weiter steigen. Besonders optimistisch hinsichtlich des Umsatzwachstums zeigen sich dabei die Unternehmen mit 250 bis 499 Mitarbeitern; fast drei Viertel von ihnen rechnen im Vergleich zum Vorjahr mit einer Umsatzsteigerung. Die positive Konjunkturlage zeigt sich nun auch mit etwa 6-monatiger Verzögerung bei den mittleren Unternehmen.

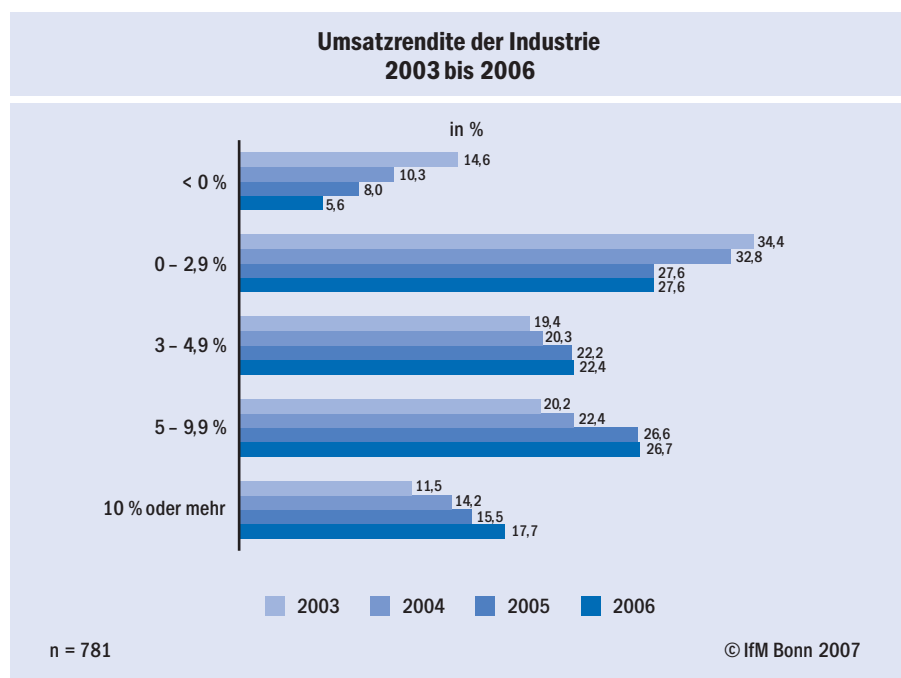


Abbildung 6

Entwicklung der Umsatzrendite überwiegend positiv

Die Umsatzrendite vor Steuern, d.h. das Verhältnis von Jahresüberschuss zu Umsatz, gibt Auskunft über den Erfolg der Unternehmen am Markt. Rund 44 % der Unternehmen erwirtschafteten 2006 eine Umsatzrendite vor Steuern von 5 % und mehr. Gut ein Fünftel wies eine Umsatzrendite zwischen 3 und 4,9 % aus, über ein Viertel eine Umsatzrendite zwischen 0 und 2,9 %. Nur etwa 6 % der befragten Industrieunternehmen verzeichneten 2006 Verluste.

Über einen Vierjahreszeitraum betrachtet, stellt sich die Entwicklung der Verteilung

der Industrieunternehmen nach 5 Umsatzrenditeklassen überwiegend positiv dar (vgl. Abbildung 6). Der Anteil an Unternehmen in den untersten Renditeklassen hat von 2003 bis 2006 von 49 % auf etwa 33 % abgenommen. Demgegenüber nahmen die Anteile der Unternehmen in den Klassen zwischen 3 und 10 % Umsatzrendite um ca. 10 Prozentpunkte zu. Insgesamt erwirtschaftete etwa die Hälfte der Industrieunternehmen im vergangenen Jahr eine Umsatzrendite von zwischen 3 und 10 %. In der höchsten Klasse (Umsatzrendite 10 % und mehr) wuchs der Anteil der Unternehmen von 2003 bis 2006 konstant an. Die Entwicklung der Umsatzrentabilität folgt somit dem positiven gesamtwirtschaftlichen Trend.

Die Entwicklung zu einer Erhöhung der Umsatzrendite wird sich bei einem großen Teil der Unternehmen auch zukünftig fortsetzen: Für das Jahr 2007 erwartet ein Drittel der befragten Unternehmen ein weiteres Wachstum seiner Umsatzrendite, etwas weniger als die Hälfte (45,3 %) geht von einem Gleichbleiben und 21,3 % von einem Absinken aus.

Positive Entwicklung des Exportumsatzes und der Exportquote

Im Einklang mit der Weltkonjunktur expandierten die Ausfuhren aus Deutschland im abgelaufenen Jahr fast ebenso stark wie im Rekordjahr 2000. Und auch die Aussichten für das Jahr 2007 sind günstig. Der anhaltende Aufschwung der Weltwirtschaft, gepaart mit der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen, lässt für das laufende Jahr mit weiteren außenwirtschaftlichen Impulsen rechnen. Mit einem Plus von insgesamt 7,4 % von 2005 auf 2006 fiel das Wachstum des Exportumsatzes der deutschen Industrie abermals stärker aus als dasjenige des Gesamtumsatzes. Der Exportumsatz der Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten wuchs um 1,3 %, der der Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten um 9,7 %. Rund 68 % der exportaktiven Industrieunternehmen erhöhten ihren Exportumsatz im vergangenen Jahr.

Auch die Exportquote, d.h. der Anteil des Exportumsatzes am Gesamtumsatz aller Unternehmen, folgt diesem positiven Trend. Im Ganzen stieg sie von 2003 bis 2006 um fast vier Prozentpunkte auf einen

Wert von 41,6 %. Damit lag sie 2006 noch einmal um einen ganzen Prozentpunkt über dem Wert von 2005. Diese Entwicklung zeigt sich in unterschiedlich starker Ausprägung in fast allen Größenklassen. Zudem sind im Zeitraum 2003 bis 2006 rund 7 % der deutschen Industrieunternehmen erstmals durch Exporte im Auslandsgeschäft aktiv geworden.

Für das Jahr 2007 erwartet nur ein Anteil von ca. 4 % der exportaktiven Industrieunternehmen einen Rückgang der Exportquote. Die Mehrheit von gut 63 % geht in diesem Jahr von einer stabilen Exportquote aus, rund jedes dritte Unternehmen erwartet eine weitere Steigerung.

Beschäftigungsentwicklung im Inland: Über 100.000 neue Jobs in der Industrie geschaffen

Konjunkturkrise und Strukturwandel führten in der Vergangenheit zu einem Rückgang der Beschäftigung in der deutschen Industrie. Trotz bereits seit 2004 wieder steigender Umsätze verlief die Entwicklung der Beschäftigung zunächst weiter leicht negativ. Nach den Panelergebnissen aus dem Frühjahr 2006 trat hier aber bereits 2005 eine leichte Trendwende ein. Der Stellenabbau der Vorjahre wurde gestoppt, die Industrie registrierte nach den Befragungsergebnissen ein leichtes Beschäftigungsplus.

Nach den aktuellen Daten hat der Beschäftigungsaufbau in der Industrie von 2005 auf 2006 an Stärke gewonnen. Insgesamt hat die Inlandsbeschäftigung im industriellen

Sektor von 2005 auf 2006 um 1,5 % oder, in absoluten Zahlen ausgedrückt, rund 115.000 zugenommen. Damit wurde das Beschäftigungsniveau in der Industrie von 2003 im vergangenen Jahr mit rund 7,62 Mio. Beschäftigten erstmalig wieder leicht übertroffen.

Kleine und mittlere Unternehmen sind nicht nur für den Erhalt, sondern auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. So haben die Industrieunternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern ihre Inlandsbeschäftigung von 2005 auf 2006 um fast 3 % erhöht, während im gleichen Zeitraum die Beschäftigung bei den größeren Unternehmen mit 500 und mehr Mitarbeitern erstmalig seit 2003 nicht mehr rückläufig war. Bei den größeren Industrieunternehmen scheint demnach mit einer zeitlichen Verzögerung ebenfalls eine Trendwende bei der Beschäftigung einzutreten. Diese hatte bei den kleinen und mittleren Unternehmen bereits 2005 begonnen. Wie im Vorjahr kamen auch 2006 die Hauptimpulse für eine positive Beschäftigungsentwicklung in der Industrie aus dem Auslandsgeschäft: Im Verhältnis haben Unternehmen mit hoher Exportorientierung bzw. auslandsaktive Unternehmen von 2005 auf 2006 mehr Beschäftigung im Inland aufgebaut als nicht-auslandsaktive Unternehmen. Dies belegt erneut, dass international agierende Unternehmen positive Beschäftigungsimpulse auch an ihren inländischen Standorten schaffen.

Allerdings verliert die regionale Ausrichtung des Absatzes als Trennvariable für die

Beschäftigungsentwicklung an Bedeutung. Der ebenfalls relativ kräftige Beschäftigungsaufbau bei nicht-auslandsaktiven Unternehmen ist ein Hinweis darauf, dass der konjunkturelle Aufschwung im vergangenen Jahr auch auf den deutschen Binnenmarkt übergesprungen ist.

Nach ihren Planungen für das Jahr 2007 werden 30 % der Industrieunternehmen ihre Inlandsbeschäftigung weiter steigern, 61 % werden sie konstant halten, und etwa 9 % rechnen mit einem Abbau inländischer Arbeitsplätze. Der erwartete Saldo der Inlandsbeschäftigung¹ der Industrie liegt für 2007 somit bei einem Plus von etwa 20 Prozentpunkten. Dies bedeutet eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Besonders optimistisch sind vor allem mittlere Unternehmen mit 100 bis 249 Beschäftigten, während größere Unternehmen per Saldo einen geringeren Beschäftigungsaufbau in diesem Jahr erwarten (vgl. Abbildung 7).

Wie oben dargelegt, ist der Internationalisierungsgrad der Unternehmen von hoher Bedeutung für die Beschäftigungsentwicklung: Von den auslandsaktiven Unternehmen erwartet mit 36,6 % ein signifikant höherer Anteil ein Wachstum der Beschäftigung in 2007 als von den nicht-auslandsaktiven Unternehmen.

¹ Beschäftigungssaldo = Anteil der Unternehmen mit steigender Mitarbeiterzahl abzüglich Anteil der Unternehmen mit sinkender Mitarbeiterzahl.

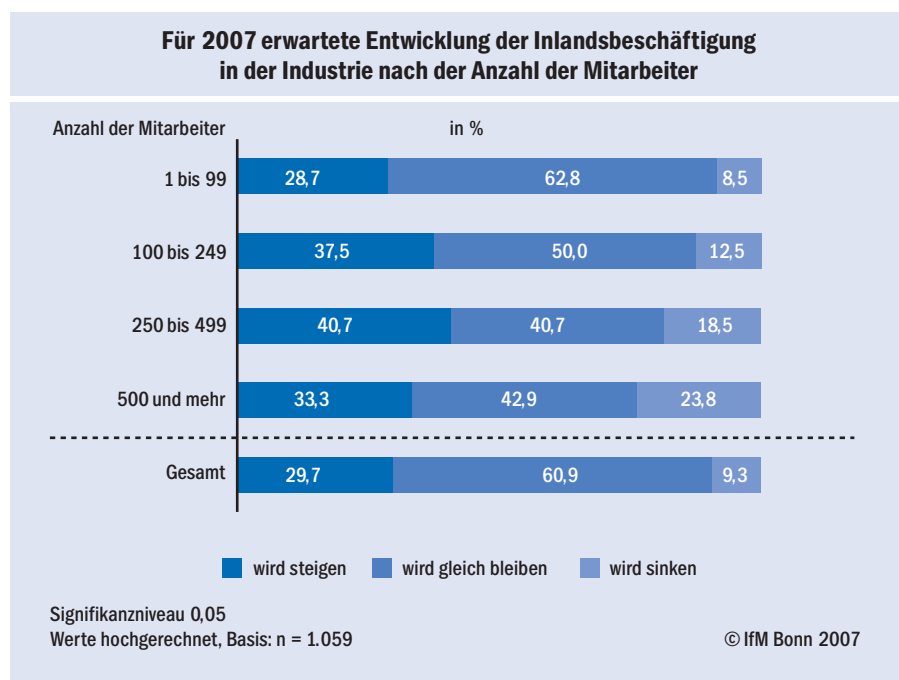


Abbildung 7

Analog zum Vorgehen in der letzten Erhebungswelle im Jahr 2006, wurden auch im Rahmen der aktuellen Panelbefragung wieder Unternehmen identifiziert, die in besonderem Maße zum wirtschaftlichen Gesamterfolg der Industrie – und somit auch zum konjunkturellen Aufschwung – beitragen, so genannte Erfolgsunternehmen. Per Definition haben bei ihnen Umsatz und Beschäftigung von 2003 auf 2006 zugenommen. Ihre Umsatzrendite betrug im gesamten Zeitraum durchgängig 3 % oder mehr. Insgesamt zählt nach den aktuellen Ergebnissen rund jedes fünfte Industrieunternehmen zu den Erfolgsunternehmen. Erwartungsgemäß geht ein im Vergleich zu den weniger erfolgreichen Unternehmen signifikant höherer Anteil an

Erfolgsunternehmen von einer weiteren Ausweitung seiner Inlandsbeschäftigung im laufenden Geschäftsjahr 2007 aus.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Der Aufschwung hat im abgelaufenen Jahr deutlich an Kraft gewonnen und wird auch 2007 anhalten. Die Basis der industriellen Konjunktorentwicklung ist breiter geworden, da sie nicht mehr allein auf Auslandsnachfrage, sondern auch auf einer stärkeren Inlandsnachfrage beruht. Diese positive konjunkturelle Entwicklung zeigt sich nicht nur in einem Wachstum der Umsätze/Exportumsätze der Industrie, sondern insbesondere auch in der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

2.3 Entwicklung der Investitionstätigkeit in der Industrie

Investitionen im Aufwärtstrend

Bei einer in den letzten Jahren etwa gleich hohen Investorenquote von rund 70 % löste sich im Zeitraum 2005/2006 der Investitionsstau in der Industrie auf. Das Investitionsvolumen wuchs um insgesamt rund 10 %. Hauptträger dieser Entwicklung waren und sind kleine und mittlere Industrieunternehmen, die ihr Investitionsaufkommen im vergangenen Jahr um 36 % steigerten. Ihr Anteil am gesamten Investitionsvolumen der Industrie betrug 2006 fast 60 %, 2005 waren es noch knapp 48 %. Hierin zeigt sich das typische Investitionsverhalten von KMU. Sie investieren in aller Regel nicht kontinuierlich: Über Jahre hinweg nehmen sie oft nur die notwendigen Ersatzbeschaffungen vor, um dann eine Vielzahl von Maßnahmen im Rahmen größerer Projekt zu bündeln. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass 2006 verstärkt solche „Sprunginvestitionen“ getätigt wurden.

Die Industrieunternehmen haben 2006 insgesamt deutlich mehr investiert, als sie noch bei der Herbstumfrage im Jahr 2005 planten. Das tatsächliche Investitionsvolumen 2006 übertraf die Planungen von 2005 um 8,4 %. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen überschritten ihre Planungen z.T. recht deutlich. Die nur noch für 2007 geltende degressive Abschreibungsregel sowie die in Aussicht gestellte Reform der Unternehmenssteuer könnten neben allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen und günstigen Finanzierungsbedingun-



Abbildung 8

gen Einflussfaktoren für dieses unternehmensgrößen-spezifische Investitionsverhalten sein. Insgesamt haben fast drei Viertel der Industrieunternehmen 2006 eine höhere Summe investiert als geplant.

Im laufenden Jahr werden etwa 34 % der Unternehmen mehr als 2006, rund 47 % gleich viel, und etwa jedes fünfte Unternehmen weniger als im Vorjahr investieren. Besonders häufig finden sich in Unternehmen der mittleren Größenklassen (mit 100 bis 249 und 250 bis 499 Beschäftigten) positive Investitionsplanungen (vgl. Abbildung 8). Die Investitionsausgaben für Sachanlagen werden entsprechend der Angaben der befragten Industrieunternehmen somit auch von 2006 auf 2007 weiter anwachsen, insgesamt um gut 5 %.

Investitionsziele: Unternehmen haben Kapazitäten in Deutschland stark erweitert

Jeweils rund 30 % der Investitionssumme in Sachanlagen wurden im Jahr 2005 für Ersatzinvestitionen, Rationalisierungsinvestitionen und Kapazitätserweiterungen aufgewandt. 2006 hat sich der Investitionsschwerpunkt allerdings deutlich zugunsten der Kapazitätserweiterungsinvestitionen, vor allem am Standort Deutschland, verschoben. Diese machten im vergangenen Jahr bereits 36 % der Investitionssumme der Industrie aus. 2007 wird sich dieser Anteil nach den Planungen der Unternehmen um weitere gut 6 Prozentpunkte auf fast 43 % erhöhen.

Der Hauptgrund für diese Anteilsverschiebung bei den Investitionszielen ist in der

konjunkturbedingt guten Kapazitätsauslastung der deutschen Industrieunternehmen zu sehen. Da sich die Auftragseingänge bislang auch 2007 positiv gestalten, ist es erklärlich, dass die Unternehmen nach eigenen Angaben auch weiterhin verstärkt in Erweiterungsvorhaben investieren werden.

Umsatzentwicklung und Ertragslage Hauptgründe für weiteres Investitionswachstum

Um die Hintergründe des Investitionsbooms in der Industrie näher zu untersuchen, wurden die Unternehmen gebeten, verschiedene potenzielle Ursachen für ihr Investitionsverhalten zu bewerten. Hauptmotor ihrer Investitionstätigkeit im Jahr 2007 sind die gestiegenen Umsatz- und Ertrags Erwartungen. Über 70 % führen ihr Investitionsverhalten hierauf zurück. Damit liegt vor allem in den konjunkturellen Rahmenbedingungen der Antrieb für die Investitionsaktivitäten der deutschen Industrie. An zweiter Stelle unter den Investitionsursachen steht der technologische Fortschritt. Für deutlich mehr als die Hälfte der Unternehmen übt er einen sehr positiven oder positiven Einfluss auf das Investitionsverhalten aus. Günstige Finanzierungsmöglichkeiten haben für fast 30 % der Industrieunternehmen einen positiven Einfluss auf ihre Investitionstätigkeit.

Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze im Inland

Die kräftige Investitionstätigkeit der Industrie wird sich aus Sicht der Unternehmen auch auf den Arbeitsmarkt auswirken. Fast jedes dritte Unternehmen beabsichtigt, im

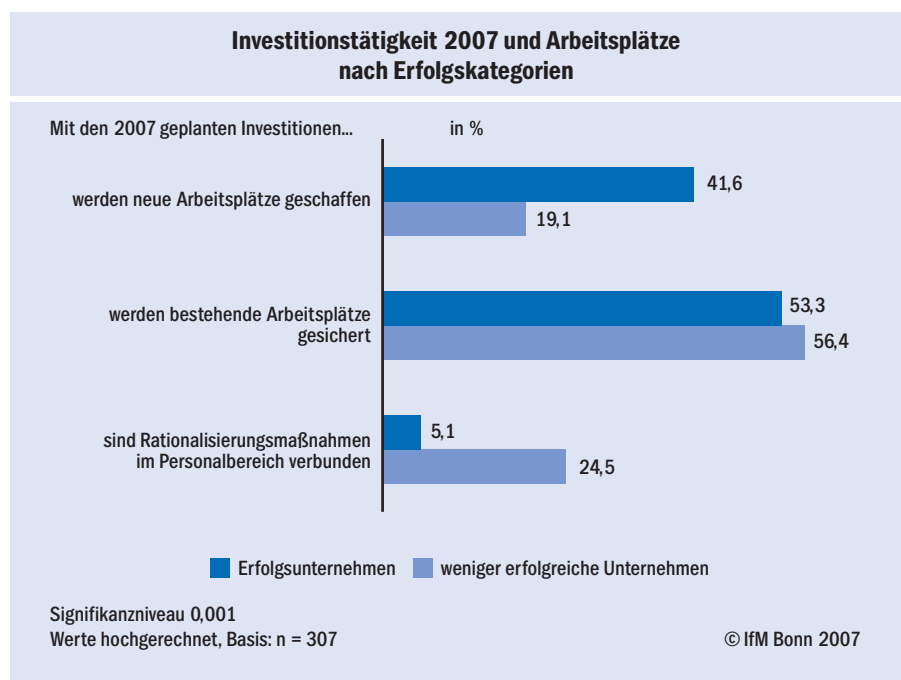


Abbildung 9

Zuge seiner Investitionstätigkeit in diesem Jahr auch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Etwa 61 % der Unternehmen sichern durch ihre Investitionen 2007 bestehende Arbeitsplätze. Lediglich gut 8 % der Unternehmen werden im Zuge ihrer geplanten Investitionstätigkeit in diesem Jahr Rationalisierungsmaßnahmen im Personalbereich vornehmen. Dabei verbinden kleine und mittlere Unternehmen mit ihrer Investitionstätigkeit vergleichsweise häufiger die Sicherung bestehender Arbeitsplätze, während ein im Vergleich höherer Anteil größerer Industrieunternehmen die Investitionen einerseits zwar mit dem Aufbau neuer Arbeitsplätze koppelt, aber auch durch Rationalisierung Stellen abbauen wird.

Unternehmerischer Erfolg ist die beste Voraussetzung für Beschäftigung schaffende

Investitionen. Auf diese kurze Formel lassen sich die Ergebnisse der Frühjahrsbefragung 2007 verdichten. Fast 42 % der Erfolgsunternehmen werden neue Stellen schaffen, nur 5,1 % werden Stellen z.B. auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen abbauen. Hingegen sind rund 25 % der weniger erfolgreichen Unternehmen gezwungen, als Folge von Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsplätze abzubauen (vgl. Abbildung 9).

Investitionsfinanzierung und Eigenkapitalausstattung

Die Unternehmensfinanzierung befindet sich nach wie vor in einem Wandel. Insbesondere das klassische Kreditgeschäft und das Verhalten der Banken haben sich in den vergangenen Jahren in wesentlichen Punkten geändert, und zwar mit deutlichen Folgen für den Mittelstand.

Die Anforderungen an Bonität, Transparenz und Sicherheiten der kreditnachfragenden Unternehmen sind beträchtlich gestiegen. Als Folge kommt der Eigenkapitalquote der Unternehmen heute mehr denn je eine zentrale Bedeutung für die Unternehmensfinanzierung zu. Einerseits ist Eigenkapital selbst Finanzierungsquelle, andererseits beeinflusst die Höhe der Eigenkapitalquote die Ausfallwahrscheinlichkeit und ist damit Bonitätsindikator für die Banken.

Dieser Wandel hat viele Mittelständler dazu bewogen, ihre Eigenkapitalquote durch Inanspruchnahme alternativer Finanzierungsinstrumente und/oder die Thesaurierung von Gewinnen zu stärken. Derzeit weisen rund 18 % der Industrieunternehmen eine Eigenkapitalausstattung von weniger als 10 % auf (vgl. Abbildung 10). Ihr Anteil ist unter den kleinen und middle-

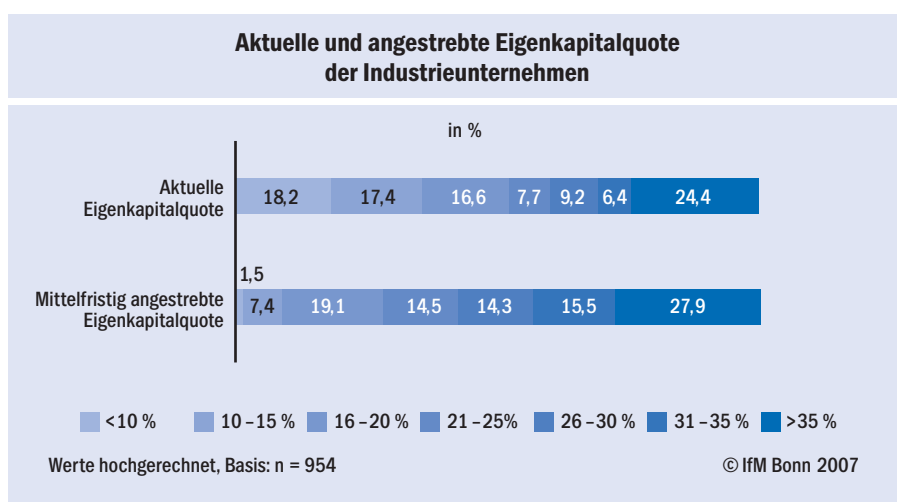


Abbildung 10

ren Unternehmen sowie unter den Familienunternehmen signifikant höher als unter den größeren oder managementgeführten Industrieunternehmen. Ein gutes Drittel der Unternehmen hat eine Eigenkapitalausstattung von 10 % bis 20 %, auch hier liegen die Anteile kleiner und mittlerer Unternehmen und Familienunternehmen über denen größerer und managementgeführter Unternehmen. Knapp ein Viertel der Unternehmen weist eine Eigenkapitalquote von 20 % bis 35 % auf, und ein weiteres Viertel sogar von über 35 %. Entsprechend fallen in diesen Gruppen die Anteile größerer und managementgeführter Industrieunternehmen signifikant höher aus. Die in den letzten Jahren deutlich verbesserte

Ausstattung der Industrieunternehmen mit Eigenkapital ist ebenso eine Folge des Finanzmarktwandels wie auch der Verbesserung des Konjunkturklimas.

Mittelfristig verfolgt ein Großteil der Industrieunternehmen das Ziel, seine Eigenkapitalausstattung weiter zu erhöhen. Etwa jedes fünfte Unternehmen strebt mittelfristig eine Eigenkapitalquote von 16 % bis 20 % an. Jeweils rund 15 % halten eine Eigenkapitalquote zwischen 21 % und 25 %, 26 % und 30 % sowie 30 % und 35 % für erstrebenswert, knapp 28 % der Unternehmen auch über 35 %.

In der traditionellen Finanzierungskultur in Deutschland hat die Innenfinanzierung einen besonders hohen Stellenwert. Die Unternehmen betrachten insbesondere einbehaltene Gewinnen und Abschreibungen als Basis der Unternehmensfinanzierung. Dies bestätigen auch die Ergebnisse der aktuellen Befragungswelle im BDI-Mittelstandspanel: Eigene Mittel (Cash Flow) haben für ein Viertel der Industrieunternehmen eine sehr hohe, für weitere rund 40 % eine hohe Bedeutung bei der Finanzierung der für 2007 geplanten Investitionen. KMU und größere Unternehmen unterscheiden sich hierin nur marginal, während familiengeführte Unternehmen signifikant häufiger als managementgeführte Unternehmen der Innenfinanzierung eine sehr hohe oder hohe Bedeutung beimessen.

Den zweiten Rang nimmt nach wie vor die Finanzierung durch Bankkredite ein. Sie haben für fast 30 % der Unternehmen eine sehr hohe oder hohe Bedeutung für die Finanzierung der geplanten Investitionen, bei einer im Durchschnitt der Gesamtbefragung eher mittleren Bedeutung der Kreditfinanzierung (vgl. Abbildung 11). Gleiches gilt für die Finanzierungsoption Leasing, die unter den Finanzierungsbausteinen an dritter Stelle liegt. Dieses Ranking

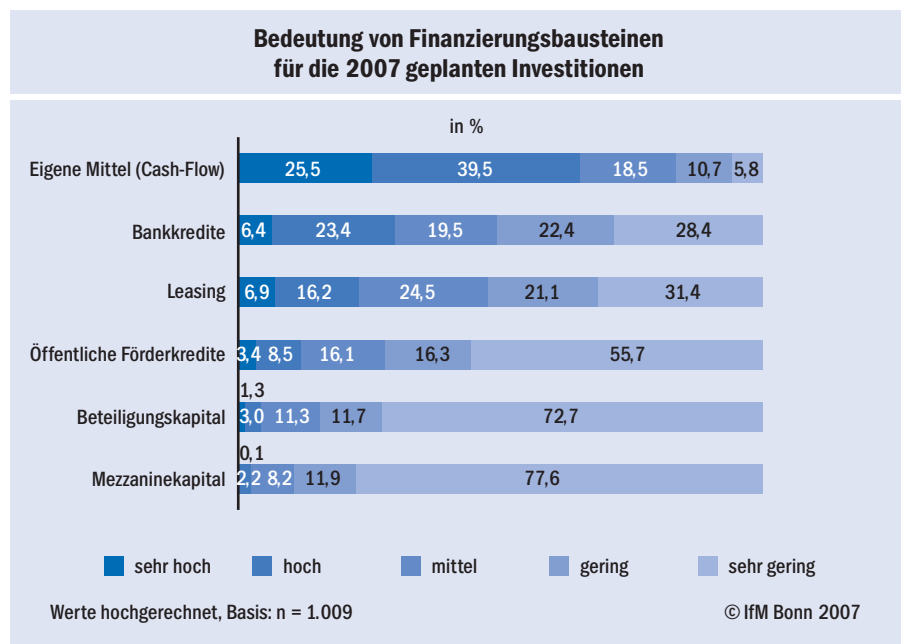


Abbildung 11

ist unabhängig von der Unternehmensgröße, jedoch nicht vom Unternehmenstyp: Für Familienunternehmen haben Bankkredite sowie Leasing-Optionen im Durchschnitt eine signifikant höhere Bedeutung als für managementgeführte Unternehmen.

Öffentliche Förderkredite, Beteiligungskapital und Mezzaninekapital sind für die meisten Industrieunternehmen von untergeordneter Bedeutung. Mezzanine- und Beteiligungskapital haben in der Tendenz

für größere Unternehmen allerdings einen etwas höheren Stellenwert. Managementgeführte Unternehmen messen Beteiligungskapital eine signifikant höhere Bedeutung bei als Familienunternehmen. Für bestimmte Unternehmenstypen, wie z.B. Unternehmen aus technologieorientierten Wirtschaftszweigen, stellen diese Instrumente mittlerweile ebenfalls eine häufiger genutzte Finanzierungsalternative dar.

2.4 Unternehmen und gesellschaftliche Verantwortung

Erfolgreiches Wirtschaften heißt in der sozialen Marktwirtschaft nicht nur, effizient und möglichst gewinnbringend zu investieren. Eine erfolgreiche Unternehmensführung bedeutet zum einen auch, aus dem Ergebnis der Wirtschaftstätigkeit, dem Gewinn, Mittel zur Erreichung wohlthätiger, gesellschaftlicher Belange einzusetzen (Corporate Citizenship – CC), und zum anderen, bei der Erzielung des Betriebsergebnisses selbst gesetzte Normen einzuhalten. Durch letztgenannte Praxis werden die Belange der Beschäftigten, anderer Marktteilnehmer, der Umwelt, der Gesellschaft und direkter Anspruchsgruppen des Unternehmens berücksichtigt (Corporate Social Responsibility – CSR), was ebenfalls langfristig zur Sicherung des Unternehmenserfolgs beiträgt. Die Felder, auf denen Unternehmen ihre CSR unter Beweis stellen, sind der Markt, die eigenen Beschäftigten, die Umwelt und die Gesellschaft bzw. gesellschaftliche Gruppen und gemeinwohlorientierte Dienstleister (z.B. Sportvereine oder Kultureinrichtungen).

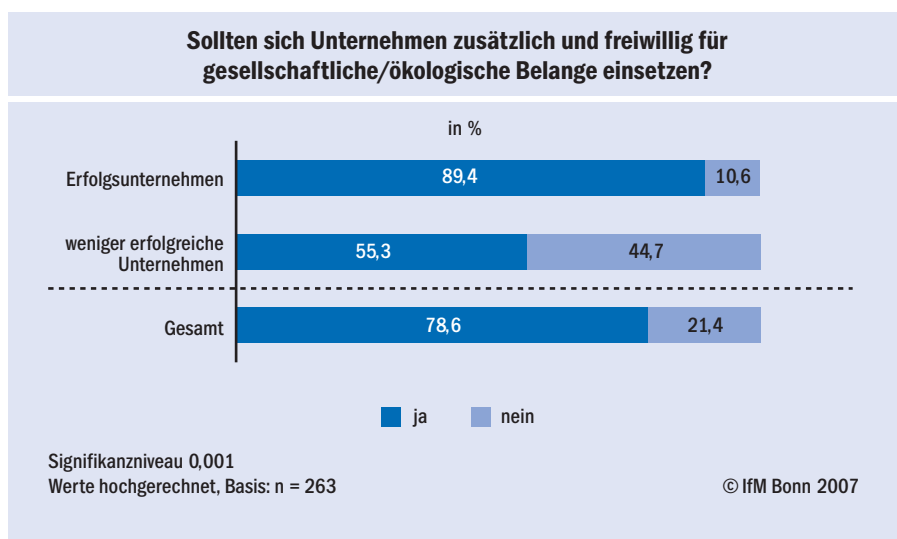


Abbildung 12

CSR gehört zum Alltag der deutschen Industrie

Die deutsche Industrie steht voll und ganz zu ihrer gesellschaftlichen und ökologischen Verantwortung. Mehr als drei von vier Industrieunternehmen befürworten generell ein zusätzliches freiwilliges gesellschaftliches und/oder ökologisches Engagement von Unternehmen.

Ein hochsignifikanter Zusammenhang besteht zwischen Unternehmenserfolg und der Realisierung gemeinwohlorientierter Ziele von Unternehmen. Für fast 90 % der Erfolgsunternehmen gehört bürgerschaftliches Engagement zu den Unternehmensaufgaben, unter den weniger erfolgreichen sind es nur 55 % (vgl. Abbildung 12).

Erfolgreiche Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung somit in besonderem Maße bewusst und kommen ihr nach. CSR-Aktivitäten haben als ein Teil ihrer unternehmerischen Strategie offensichtlich zur erfolgreichen Entwicklung dieser Unternehmen beigetragen.

Fast alle Unternehmen, die CSR im weiteren bzw. CC im engeren Sinne betreiben, haben für ihre Aktivitäten den Personalbereich und das gesellschaftliche Umfeld ausgewählt. Nahezu zwei von drei Unternehmen verbinden CSR und Umwelt, und mehr als jedes zweite Unternehmen zeigt gegenüber seinen Kunden und Lieferanten auf freiwilliger Basis ein besonders hohes Maß an Verantwortung.

Klassisches Corporate Citizenship weit verbreitet

Der eigentliche Kern des CSR, der nach außen gerichtete Dienst an der Gesellschaft, bildet aus Sicht der Industrieunternehmen nach Maßnahmen im Personalbereich ein wichtiges Ziel ihres CSR-Engagements. Fast 80 % der Industrieunternehmen realisieren ihren Dienst an der Gesellschaft mittels Spenden (vgl. Abbildung 13). Offenbar bevorzugt die Industrie in diesem Feld die Verpflichtung auf Zeit bzw. aus gegebenem Anlass. Ein vertraglich fest vereinbartes Sponsoring, also eine dauerhafte Bindung zwischen Förderer und Förderungsanlass oder -gegenstand, praktiziert nur knapp ein Viertel der Industrieunternehmen.

Neben Spenden ist die Wahrnehmung eines oder mehrerer Ehrenämter durch die Unternehmensleitung die zweithäufigste Praxis beim gesellschaftsbezogenen CSR der Industrie. In etwas weniger als der Hälfte aller Unternehmen stellt die Unternehmensleitung ihre Zeit und Arbeitskraft in den Dienst gesellschaftlich relevanter Institutionen. Durch dieses Engagement qualifizieren sich die Unternehmen als sogenannte Corporate Citizen, als Unternehmensbürger. In mehr als 30 % der Industrieunternehmen werden Beschäftigte zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten vom Dienst freigestellt.

Personalbereich dominiert CSR-Aktivitäten der Industrie

Noch stärker als auf dem gesellschaftlichen Feld engagieren sich die Unternehmen im Rahmen ihrer CSR-Aktivitäten im Perso-

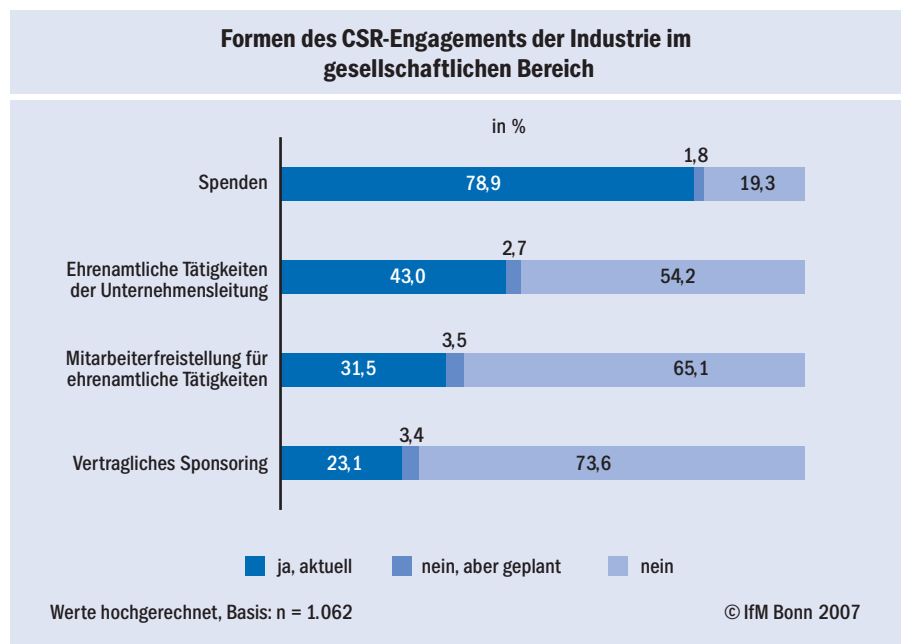


Abbildung 13

nalbereich. Fast alle Industrieunternehmen, die eine besondere gesellschaftliche Verantwortung an den Tag legen, stellen diese intern auch in den Dienst ihrer Beschäftigten. Drei Viertel der Unternehmen praktizieren eine entsprechende Personalarbeit, in der mit Hilfe gezielter Maßnahmen der Gleichklang zwischen Kompetenz der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und der Unternehmensentwicklung aufrecht erhalten wird. Durch Einsatz eines breiten Bündels von Maßnahmen, die von gezielter Weiterbildung über Teamentwicklung bis hin zur personalnahen Organisationsentwicklung reichen, werden die Beschäftigten in strategische Anpassungs- und Veränderungsprozesse einbezogen.

72,4 % der Industrieunternehmen praktizieren derzeit flexible Arbeitszeitregelungen, und rund 60 % der Unternehmen beziehen die Mitarbeiter/-innen aktuell in

betriebliche Entscheidungsprozesse ein. Diese Befunde belegen, dass die Industrie, und vor allem der industrielle Mittelstand, der Pflege und Entwicklung des Mitarbeiterstabes ganz besondere Bedeutung beimisst; die weiteren Befunde belegen allerdings auch, dass es einige personalpolitisch bedeutende Handlungsoptionen für CSR-Aktivitäten gibt, die erst von einer Minderheit von Unternehmen wahrgenommen werden.

Die Förderung bestimmter Personengruppen, z. B. Älterer oder Migranten, gehört aktuell nur in gut jedem vierten Industrieunternehmen zum personalspezifischen CSR-Konzept. Maßnahmen zur Gesundheitsfürsorge, die das normale Maß übersteigen, sieht zur Zeit zwar etwas mehr als jedes fünfte Unternehmen vor, über drei Viertel der Unternehmen plant aber nichts dergleichen. Übertarifliche Sozialleistungen

bietet derzeit weniger als jedes fünfte Industrieunternehmen seinen Beschäftigten an.

Zwar ist CSR im Personalbereich am weitesten verbreitet, doch beruhen die meisten Konzepte auf den drei Säulen Personalentwicklung, Arbeitszeitgestaltung und Mitentscheidung, andere Bereiche, wie z. B. die Gesundheitsvor- und -fürsorge oder die Förderung bestimmter Personengruppen, haben bei der Industrie noch keinen Durchbruch auf breiter Basis erlebt. Von einer generellen Überlegenheit der größeren gegenüber den kleineren Unternehmen kann in diesem Bereich insgesamt keine Rede sein. Der Unternehmenserfolg beeinflusst die Bereitschaft der Unternehmen, ihre personalpolitischen CSR-Aktivitäten um zusätzliche Angebote, z.B. die Förderung bestimmter Personengruppen oder die Einbeziehung von Mitarbeitern in Entscheidungsprozesse, zu erweitern, allerdings deutlich.

Ferner berücksichtigen fast zwei Drittel der Industrieunternehmen ökologische Gesichtspunkte bei der Einbeziehung von gesellschaftlicher Verantwortung in die Praxis der Unternehmensführung. Rund 61 % dieser Unternehmen wenden umwelt- und ressourcenschonende Produktionsmethoden an, weitere etwa 35 % haben sich auf die Erzeugung umweltverträglicher Produkte festgelegt.

Die Verpflichtung gegenüber Umwelt und Gesellschaft findet zunehmend auch Eingang in das Beschaffungs- und Absatzwesen der Industrieunternehmen. Über 48 % der Unternehmen richten ihre Beschaffungspolitik und rund 27 % ihre Absatzpo-

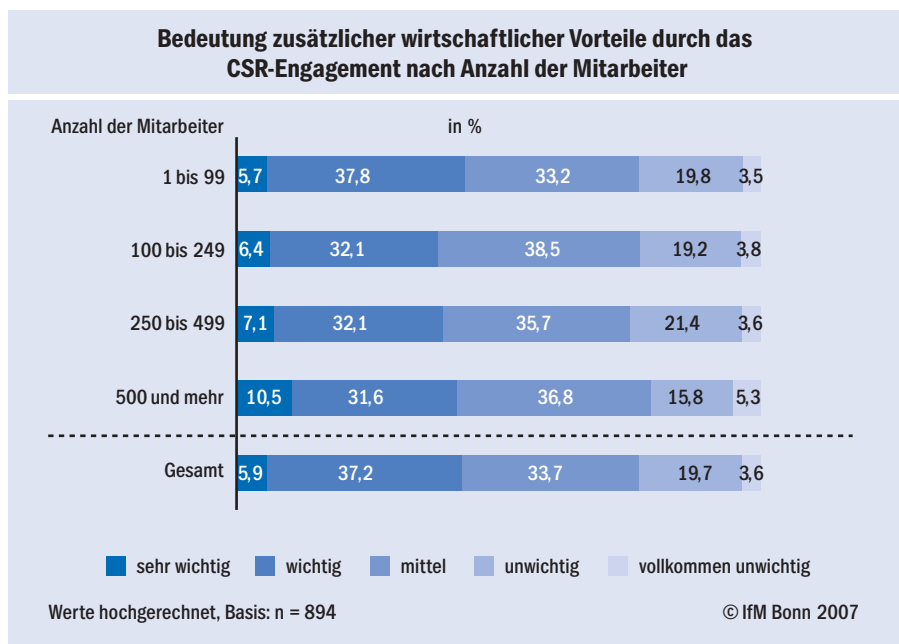


Abbildung 14

litik an einer Gesamtkonzeption aus, in der die Qualität, aber auch ethische Werte im Mittelpunkt stehen.

CSR und betrieblicher Nutzen

Der Einsatz der verschiedenen Instrumente einschließlich der häufig hiermit verbundenen Zertifizierung führt mit Sicherheit zu einer Steigerung der Kosten, und man sollte erwarten, dass nur solche Unternehmen sich der CSR verschreiben, die hieraus auch ökonomischen Nutzen ziehen. Doch wie die Befragungsergebnisse zeigen, bestätigt sich diese Annahme nur eingeschränkt. Für 13 % der Unternehmen ist der durch CSR-Maßnahmen gestiftete gesellschaftliche Nutzen sehr wichtig, nur 6 % der Unternehmen, also weniger als halb so viele, halten einen zusätzlichen ökonomischen Nutzen von CSR-Aktivitäten für sehr wichtig.

Unternehmen praktizieren CSR somit zwar in erster Linie, um die Erwartungen, die die Gesellschaft an sie stellt, zu erfüllen. Nichts desto trotz bestätigen immerhin gut 43 % der Firmen auch, dass ihnen zusätzliche wirtschaftliche Vorteile im Zusammenhang mit ihrem Engagement sehr wichtig oder wichtig sind (vgl. Abbildung 14). Für insgesamt rund zwei Drittel der CSR-aktiven Unternehmen sind sowohl zusätzliche wirtschaftliche Vorteile als auch die gesellschaftliche Verpflichtung für ihr Engagement von Bedeutung. In der Regel sollten auf CSR basierende Aktivitäten aus Sicht einer Mehrheit der Industrieunternehmen somit beide Aspekte erfüllen.

Wie die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels zeigen, sind erfolgreiche Unternehmen insgesamt häufiger von der Wichtigkeit des CSR als gesellschaftspolitischer Form der Unternehmensführung überzeugt als weniger erfolgreiche Unternehmen. Doch auch zusätzliche wirtschaftliche Vorteile, die sich aus ihren CSR-Aktivitäten ergeben, sind für Erfolgsunternehmen signifikant häufiger ein wichtiger Anlass für ihr gesellschaftliches Engagement (vgl. Abbildung 15). Ein Schluss, der sich aus diesen Befunden ziehen lässt, lautet daher: Erfolgreiche Industrieunternehmen betreiben aktiv CSR, auch um ihren Unternehmenserfolg zu sichern. Sicherlich steht Erfolgsunternehmen aber auch ein größerer finanzieller Spielraum zur Implementierung und Durchführung von (kostenintensiven) CSR-Aktivitäten zur Verfügung als weniger erfolgreichen Unternehmen.

CSR-Engagement stiftet positiven wirtschaftlichen Nutzen

Aus Sicht einer Mehrheit der Industrieunternehmen stiftet ihnen das CSR-Engagement einen sowohl nach innen als auch nach außen gerichteten wirtschaftlichen Nutzen. Eindeutige Belege über einen Zusammenhang zwischen CSR-Aktivität und Unternehmenserfolg existieren zwar nicht, doch die Befragungsergebnisse stützen die Vermutung eines solchen. Nach dem wirtschaftlichen Nutzen von CSR gefragt, steht die langfristige Sicherung des Unternehmenserfolges bzw. die Fortführung einer Tradition an erster Stelle der Rangskala. Im Mittel bewerten die Unternehmen die Bedeutung dieser Aspekte damit als „hoch“.

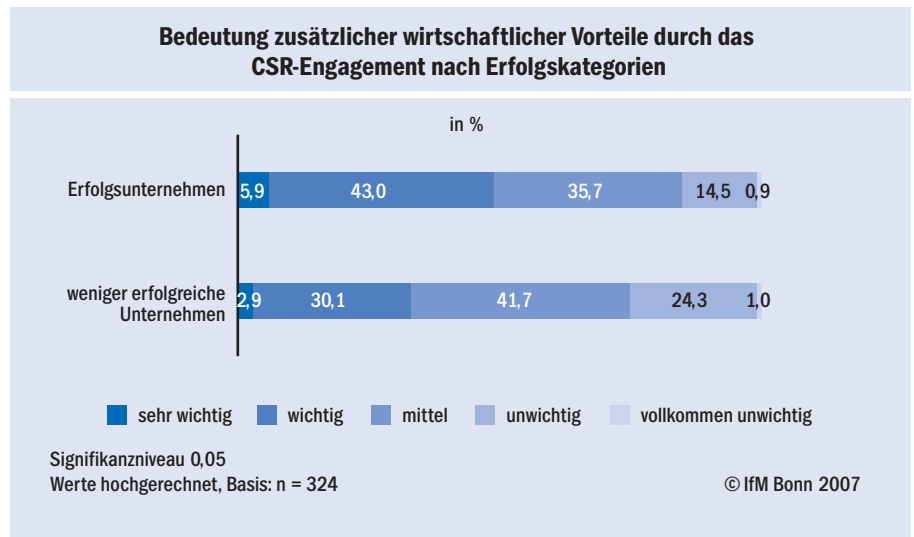


Abbildung 15

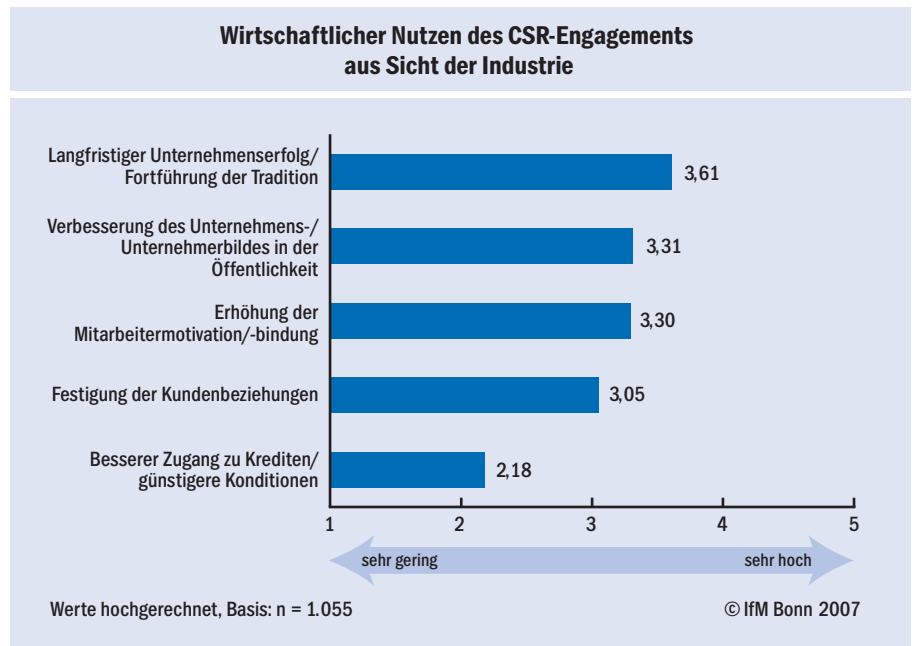


Abbildung 16

Das Ziel der Verbesserung des Unternehmensbildes bzw. Unternehmerbildes in der Öffentlichkeit folgt auf dem zweiten Rang. Die Verbesserung des Unternehmerimages ist seit jeher ein besonderes Anliegen des industriellen Mittelstands, und insofern verwundert es nicht, dass dieses Anliegen auch in Verbindung mit dem CSR-Engagement einen vergleichsweise hohen Stellenwert hat. Ebenfalls von überdurchschnittlich großer Bedeutung ist die Motivations-

steigerung bei den Mitarbeitern in Verbindung mit der Steigerung ihrer Treue zum Unternehmen (vgl. Abbildung 16).

Kommunikation des CSR-Engagements

CSR heißt nicht nur, als Unternehmen für den Markt, die Arbeitsplätze, die Umwelt und die Gesellschaft auf unterschiedlichste Weise Verantwortung zu übernehmen, sondern verlangt auch eine intensive und neu-

artige Form der Unternehmenskommunikation. Sie geht über die reine Öffentlichkeitsarbeit hinaus, muss regelmäßig stattfinden, richtet sich an den Zielgruppen aus und folgt den Prinzipien der Wahrheit, Klarheit und Gegenseitigkeit.

Fast drei von vier CSR-aktiven Unternehmen kommunizieren ihr Engagement, mehr als 71 % von ihnen persönlich, nach außen und nahezu 70 % ins Unternehmen. Dies sind die beiden Hauptkommunikationsformen der Industrie. Nur etwa 28 % der Industrieunternehmen geben über ihre CSR-Aktivitäten regelmäßig Presseberichte heraus, fast jedes Vierte kommuniziert über die eigene Homepage und etwa 15 % durchlaufen Zertifizierungsprozesse, über deren Ergebnisse dann berichtet wird. 13,5 % der Unternehmen verfassen und veröffentlichen einen eigenen CSR-Bericht, was sicherlich als Königsweg des Informationswesens zu bezeichnen ist.

Im Durchschnitt knapp 59 % der Unternehmen, die einen eigenen Bericht verfassen, glauben, dass eine Prüfbarkeit des CSR-Berichts seine Glaubwürdigkeit erhöhen könnte; bei den managementgeführten Unternehmen sind es über 70 %. Gerade letztere erhoffen sich hiervon eine Erhöhung der Glaubwürdigkeit des Berichts, während bei Familienunternehmen nur etwa die Hälfte durch die Nachprüfung des CSR-Berichts eine Erhöhung seiner Glaubwürdigkeit erwarten.

Anhang: Anmerkungen zu Zielgruppe und Methode

Die Grundgesamtheit der ersten Befragungswelle setzte sich aus allen deutschen Industrieunternehmen aus den Wirtschaftsabschnitten Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe (Wirtschaftsabschnitt 45.1 und 45.2), Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden zusammen. Im Rahmen der Frühjahrsbefragung 2007 wurden nur diejenigen Unternehmen berücksichtigt, die sich bereits an der ersten Befragungswelle im Frühjahr 2005 beteiligt hatten.

Die Gesamtzahl der deutschen Industrieunternehmen ist auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Beschäftigtengrößenklassen ungleich verteilt. Daher wurde die Stichprobe der ersten Befragungswelle disproportional nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtet, um sicherzustellen, dass in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen – insbesondere in den oberen – eine ausreichend große Anzahl von Antworten erzielt wird. Im Segment der Unternehmen mit 200 und mehr Mitarbeitern wurde eine Vollerhebung durchgeführt, in den Größenklassen bis 200 Mitarbeiter erfolgte eine Zufallsauswahl. Um die Repräsentativität einer Befragung sicherzustellen, wäre die Ziehung einer proportionalen Stichprobe nach dem Zufallsprinzip angemessen gewesen. Durch die bewusste Quotierung der Stichprobe nach dem Merkmal der Beschäftigungsgröße sind jedoch große Unternehmen im Vergleich zur Grundgesamtheit überrepräsentiert, kleinere Unternehmen unterrepräsentiert.

Anhand der Schätzung der Größenverteilung deutscher Industrieunternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen gemäß amtlicher Statistiken wurde die Stichprobe nachträglich nach dem Verfahren „Soll durch Ist“ (SdI) gewichtet und so der Struktur der Grundgesamtheit angepasst.

Die Langfassung der Ergebnisse steht als Download unter www.bdi-panel.emnid.de zur Verfügung.

BUNDESVERBAND DER
DEUTSCHEN INDUSTRIE E.V. (BDI)

www.bdi.eu

ERNST & YOUNG AG
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

www.de.ey.com

IKB DEUTSCHE INDUSTRIEBANK AG

www.ikb.de